

Wie Militante die Reitschule okkupieren

Die immer wiederkehrenden Unruhen rund um Berns alternatives Kulturzentrum lähmen die Stadt

Krawalle und Streit über die Zukunft der Reitschule gehören zu Bern wie der Bärengraben. Die Stadt verkrallt sich seit Jahren in diese ritualisierte Auseinandersetzung. Militante Aktivisten machen sich dies mit Duldung der Reitschule gezielt zunutze.

Daniel Gerny, Bern

Journalisten, die Kontakt zur Berner Reitschule suchen, müssen sich auf ein kurioses Versteckspiel einlassen: Via E-Mail meldet man sich bei der «Mediengruppe» der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (Ikur), worauf man mit einer anonymen Mail vertröstet wird. Telefonnummern sind keine vorhanden. Tagelang zieht sich das konspirative Prozedere hin – Kommunikation unmöglich. Strukturen und Abläufe sind so undurchsichtig wie jene in einem Offshore-Konglomerat. Wer wann was zu sagen hat oder den Ton an gibt – es bleibt unklar.

Erstaunlich, denn die Reitschule wird auch mit öffentlichen Geldern finanziert: Die Stadt Bern unterstützt die Ikur jährlich mit 380 000 Franken für Miete und Nebenkosten. Der Verein betreibt im Gegenzug ein Kultur- und Begegnungszentrum. Für Aufsehen sorgt die Reitschule seit Jahren aber vor allem in Zusammenhang mit Ausschreitungen, Drogenhandel und Unruhen. Vergangene Woche griff erneut eine Gruppe Unbekannter einen benachbarten Polizeiposten an, beschmierte Wände und beschädigte Fahrzeuge, verletzte einen Polizisten und flüchtete anschliessend auf das Reitschule-Areal.

Die Strategie der Aktivisten

Zu ähnlichen Zwischenfällen kommt es regelmässig – und seit Jahren reagieren die politischen Akteure nach praktisch identischem Muster: Vertreter der SVP und der FDP verlangen die Schliessung der Reitschule oder die Streichung der Subventionen. Die Ikur distanziert sich homöopathisch dosiert von Gewalt und spricht sich von jeglicher Verantwortung frei. Und die rot-grün dominierte Stadtregierung verurteilt das Geschehene Mal um Mal – zuckt aber letztlich hilflos mit den Schultern.

Anders als bei Kulturzentren in anderen Städten, die im Zuge der Jugendunruhen der 1980er Jahre entstanden seien, wehe in Bern noch immer der Geist der damaligen Zeit, konstatierte unlängst der Zürcher Ethnologe Heinz Nigg im «Bund». Schon äusserlich entspricht das verspraye Gebäude beim Bahnhof dem Klischee einer linksalternativen Trutzburg aus der AJZ-Epoche. Wie in alten Besetzer-Zeiten halten die Betreiber an der Vollversammlung als oberstem Organ fest. Basisdemokratie, wohin das Auge reicht: In unzähligen



Die Reitschule ist gleichzeitig ein Kulturzentrum mit kreativem Potenzial – und Treffpunkt von Gewaltbereiten. LUKAS LEHMANN / KEYSTONE

Betriebs-, Arbeits- und Koordinationsgruppen wird selbstverwaltet. Verantwortlich ist niemand, Einzelstimmen können per Veto fast alles blockieren. Das ist schwerfällig, und es stärkt den Einfluss einer Minderheit, die mit der Polizei nicht zusammenarbeiten will, wie im vertraulichen Gespräch auch aus dem Inneren der Reitschule bestätigt wird. Während sich linksextreme Aktivisten anderenorts immer neue Brennpunkte suchen, krallen sie sich in Bern stets am gleichen Ort fest. «Die Situation ist inzwischen unhaltbar», diagnostiziert Sicherheitsdirektor Reto Nause (cvp).

Samuel Althof Kessler von der Fachstelle Extremismus- und Gewaltprävention in Basel sagt es noch drastischer: Die Reitschule werde von linksextremen Systemkritikern, die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihres revolutionären Weltbildes verstünden, systematisch als Hotspot und Rückzugsort anvisiert. Die Ausschreitungen seien nicht auf betrunkene Chaoten zurückzuführen, sondern sie folgten einer Strategie von Aktivisten der linksextremen Szene aus der ganzen Schweiz und gar aus dem Ausland. «Die Reitschule hängt am Gängelband der Militanz», formuliert es Nause. Nicht nur Aussenstehende beobachten dies, auch aus den Reitschule-Gremien wird vereinzelt über solche Tendenzen berichtet – zwar anonym, doch mit klarer Schlussfolgerung: «Die Stadt lässt sich zu viel bieten.»

Einfache Rezepte sind allerdings nicht zur Hand. Anders als es von aus-

schein, ist die Reitschule nicht nur Treffpunkt der harten Szene, sondern ein Kulturzentrum mit kreativem Potenzial und mit einem breiten Angebot an Theater, Kleinkunst, Konzerten und Gastronomie. Viele, die sich hier engagieren, lehnen Gewalt und Extremismus ab, und für die meisten Jugendlichen ist die Reitschule ein ganz normaler Begegnungsort ohne politischen Bezug, aber auch ohne Konsumzwang. Hunderte versammeln sich an den Wochenenden auf dem Vorplatz zum Bier.

Angst vor dem grossen Knall

Auch viele bürgerliche Politiker anerkennen deshalb die Funktion der Reithalle grundsätzlich, selbst wenn sie das Angebot nicht oder nur selten nutzen. In fünf Abstimmungen hat sich das Berner Stimmvolk hinter die Reitschule gestellt. Radikale Lösungen, wie eine Schliessung, sind deshalb nicht nur chancenlos, sondern sie hätten auch unweigerlich schwere Proteste weit über die Szene hinaus zur Folge. Ob andere Ideen, etwa die regelmässige Genehmigung der Reithalle-Leistungsverträge durch das Volk, den Grundkonflikt beiseitigen könnten, ist fraglich.

Denn durch ihren Erfolg ist die Reitschule für gewalttätige Aktivisten besonders geeignet und attraktiv. Sie machen sich das unübersehbare Dilemma zwischen grösstmöglicher Autonomie dank (vertraglich von der Stadt zugesicherter) Basisdemokratie und Bestan-

desgarantie in Form von kommunalen Zuschüssen und Bewilligungen gezielt zunutze. Für die linke Mehrheit in der Stadtberner Politik ist schon der Gedanke an ein Ende des Experimentes nach über zweieinhalb Jahrzehnten ein Tabu. Dies schwächt die Position der Politik – und potenziert die Wirkungsmacht der vereinzelt Scharfmacher.

Inzwischen ist gar von Drohungen und Einschüchterung innerhalb der Reitschule durch gewaltbereite Aktivisten die Rede. Es ist ein offenes Geheimnis, dass es unter den Akteuren gärt. Derzeit wird ein Mediator eingeschaltet, der zwischen der Ikur und der mit ihr organisatorisch verbandelten, aber offeneren Trägerschaft der Grossen Halle vermitteln soll. Zwar ringt die Stadt Bern der Ikur seit einiger Zeit verstärkt Konzessionen ab, doch die Allmacht der Basisdemokratie und die Angst vor dem grossen Knall begrenzen das Druckpotenzial. Auch ein neues Sicherheitskonzept weist Lücken auf und wird die Reitschule nicht zur Ruhe bringen. Schon wird in Bern über das Datum für die nächsten Krawalle spekuliert – inklusive folgenloser politischer Diskussionen in den Tagen darauf.

Der Widerspruch rund um die Reitschule bleibt bis auf weiteres bestehen: Institutionalisierte Nonkonformismus funktioniert auf Dauer nicht – oder er wird, wie die ritualisierte Auseinandersetzung um Berns ambivalenten Gravitationspunkt zeigt, zum destruktiven und lähmenden Dauerstress.

HERAUSGEGRIFFEN

Träume über den Mindestkurs

Hansueli Schöchli · Die Wechselkursfreigabe durch die Nationalbank (SNB) hat fast alle überrascht. Die Linke träumte rasch öffentlich von einer neuen Kursgrenze. Die «Handelszeitung» behauptete am Mittwoch, dass auch Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf und Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann in einem Aussprachepapier von einem neuen Mindestkurs geträumt hätten bzw. die Erwägung eines solchen gefordert hätten. Der Bundesratsprecher André Simonazzi und Vertreter beider Departemente dementierten diese Behauptung sofort. Der Bundesrat hatte die diversen Vorschläge des Papiers mit dem Titel «Wirtschaftliche Handlungsoptionen angesichts der Frankenstärke» vor Wochenfrist abgelehnt.

Die zwei Sätze im Papier zum Mindestkurs gingen so: «Allenfalls könnte auch ein neuer Mindestkurs erwogen werden. Dieser wäre allerdings nur dann durchführbar, wenn die SNB entsprechend glaubwürdig wäre.» Der zweite Satz ist entscheidend. Die Glaubwürdigkeit für einen neuen Mindestkurs hätte die Nationalbank bis auf weiteres nicht – und das «bis auf weiteres» kann einige Jahre oder Jahrzehnte dauern. Das ist der geldpolitische Preis für die Wechselkursfreigabe. Die SNB konnte einen Euro-Kurs von Fr. 1.20 nicht mehr halten und müsste deshalb damit rechnen, dass eine neue Kursgrenze von zum Beispiel Fr. 1.15 oder Fr. 1.10 wieder unter massiven Marktdruck käme. Das wissen auch der Wirtschaftsminister und die Finanzministerin.

Dass die beiden Bundesräte wegen der Wechselkursfreigabe und vor allem wegen der nur sehr kurzfristigen Vororientierung durch die Nationalbank (nicht mehr als eine oder zwei Stunden) irritiert waren, ist ein offenes Geheimnis. Man kann gut verstehen, dass sie angesichts der Tragweite des Entscheids eine frühere Orientierung gewünscht hätten; wegen der verständlichen Bedenken der SNB über Indiskretionen hätte man eine frühere Orientierung wohl auf die Minister persönlich beschränken müssen.

Es dürfte vor allem an dieser Irritation liegen, dass die beiden Bundesräte im besagten Aussprachepapier auch eine engere Koordination mit der SNB empfohlen hatten, wie die «Weltwoche» meldete. Der Kernsatz dazu im Papier lautete so: «Das Finanzdepartement und das Wirtschaftsdepartement sollen den Informationsaustausch mit der SNB intensivieren, mit dem Ziel, die Geldkonjunktur und die allgemeine Wirtschaftspolitik inhaltlich und kommunikativ zu koordinieren.» Das kann man mit etwas Phantasie als Angriff auf die Unabhängigkeit der SNB interpretieren. Etwas unschuldiger kann man darin aber auch nur die Botschaft lesen, dass die SNB bei künftigen Entscheiden von grosser Tragweite den Bundesräten doch bitte etwas mehr Vorlaufzeit geben möge.

SVP-Politiker erwägt rechtliche Schritte

Kein Ende der Affäre im Zuger Politikermilieu in Sicht

Der in der Zuger Affäre der Schändung beschuldigte SVP-Politiker Markus Hürlimann geht zum Gegenangriff über. Er will sich allenfalls mit rechtlichen Schritten gegen seine Vorverurteilung zur Wehr setzen.

Erich Aschwanden, Zug

In der seit zehn Wochen hochgehenden Affäre um zwei Zuger Lokalpolitiker kehrt nicht so schnell Ruhe ein. Am Mittwoch war es Markus Hürlimann, der im Rahmen einer Medienkonferenz seine Sicht der Dinge schilderte. Der inzwischen als Präsident der Zuger SVP zurückgetretene Kantonsrat sieht sich durch die Ergebnisse einer Haarprobe bestätigt und entlastet, welche die Zu-

ger Staatsanwaltschaft veröffentlichte. Die Untersuchung war zum Schluss gekommen, dass sich bei der grünen Politikerin Jolanda Spiess-Hegglin keine K.-o.-Tropfen nachweisen lassen.

Nicht willenlos gemacht

In seiner Stellungnahme berief sich Hürlimann zudem auf Zeugenaussagen, die im Rahmen der gegen ihn eingeleiteten Voruntersuchung wegen sexuellen Missbrauchs gemacht wurden. Er zeichnete minutiös den Abend der Landammanfeier am 21. Dezember nach, an dem es «zu einer körperlichen Annäherung» zwischen ihm und Spiess-Hegglin gekommen sei. Gemäss seinen Aussagen hätte die Co-Präsidentin der Grünen innerhalb von 30 Minuten willenlos gemacht, geschändet worden sein und wieder aufwachen müssen. Anschlies-

send hätte sie sich anziehen und ohne fremde Hilfe das Restaurant verlassen müssen. Es sei deshalb klar, dass Spiess-Hegglin weder durch ihn noch irgendeine andere Person mit sedierenden Substanzen betäubt worden sei.

Die grüne Politikerin hatte sich nicht überrascht gezeigt über das negative Ergebnis der Haaranalyse. Gleichzeitig hielt sie an ihrer Darstellung fest, sie sei durch Substanzen willenlos gemacht und missbraucht worden. Wissenschaftliche Untersuchungen würden zeigen, dass K.-o.-Tropfen mithilfe dieser Untersuchungsmethode nicht immer nachweisbar seien.

«Eigentliche Hetzjagd»

Hürlimann forderte, angesichts dessen, dass sich der Tatverdacht gegen ihn «in keinster Art und Weise erhärtet habe»,

müsse das Vorverfahren der Staatsanwaltschaft gegen ihn umgehend eingestellt werden. Es beruhe bloss auf der von Spiess-Hegglin geäusserten Vermutung, sie sei vergewaltigt worden. In diesem Fall sei die Täter-Opfer-Frage definitiv anders zu beantworten, als dies in den vergangenen Wochen gesehen sei, sagte Hürlimann.

Die Vorwürfe hätten ihn zum Opfer einer «beispiellosen medialen und öffentlichen Vorverurteilung gemacht, die phasenweise einer eigentlichen Hetzjagd glich». Mit seinem Rechtsanwalt prüft Hürlimann in den kommenden Wochen, ob er allenfalls rechtliche Schritte ergreifen wird. Gegen wen sich die Vorwürfe konkret richten, wollte er nicht sagen. Er sei auf jeden Fall nicht gewillt, das Ganze einfach so auf sich sitzen zu lassen.

Meinung & Debatte, Seite 21

Notfallzentrum im Falle von Atomunfall

Aufsicht fordert externe Anlage

(sda) · Die Betreiber der fünf Schweizer Atomkraftwerke müssen ein externes Notfallzentrum planen. Das fordert die Atomaufsichtsbehörde Ensi. Nur mit einem Notfallzentrum ausserhalb des AKW-Geländes könne der Notfallstab bei erschwerten Bedingungen sicher arbeiten – als Ergänzung zu den bestehenden Notfallräumen bei den Kraftwerken selbst. Die Betreiber könnten ein solches Zentrum gemeinsam oder je getrennt einrichten, hiess es beim Ensi. Das Ensi will die Tauglichkeit der neuen Anlage und die Planung für die Verlegung des Notfallstabes bei einer Übung im kommenden Jahr prüfen. Seit Mitte 2011 besteht ein gemeinsames Materialdepot für Notfälle in einem Bunker im argauischen Reitnau. Dies ist eine Folge der AKW-Katastrophe im japanischen Fukushima.